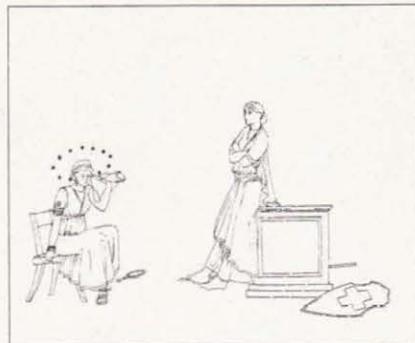


**Brief
der**



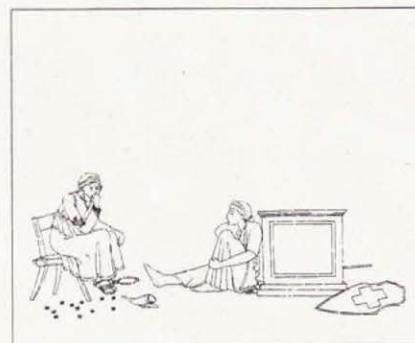
Helvetia



**an
Europa**



von Rosmarie Bär
Nationalrätin
FREIE LISTE - GPS



Zeichnungen von Béatrice Gysin

Im Sommer 1992



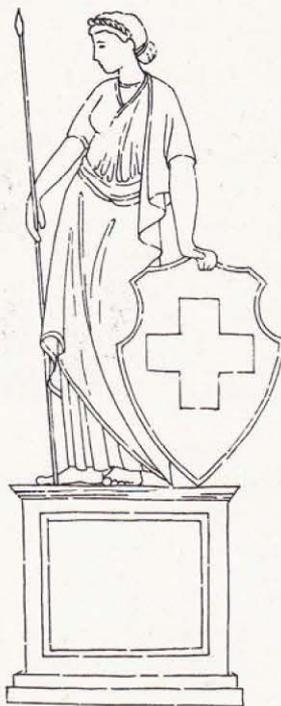
Liebe Schwester Europa,

Eigentlich könnte ich auf Dich neidisch sein. Auf den ersten Blick wenigstens. Weisst Du, dass Du die erste Frau bist, wegen der seit Bestehen unseres Staates das Parlament zu einer Sonder-sitzung zusammengerufen wird? (Ich werde wie eh und je auf meinem steinernen Sockel stehen und zuhören; es kann aber sein, dass ich mich angesichts der Wichtigkeit der Stunde nicht stillhalten kann; wer soll denn Opposition machen, wenn nicht ich....)

Weisst Du, dass die 7 Männer, die unsere Regierung bilden, wegen Dir den Kopf verloren haben? Ist Dir klar, dass die meiste Druckerschwärze seit Monaten wegen Dir vergossen wird? Ja, ist denn auf Kreta, wohin Du mit Zeus entschwunden bist, überhaupt publik geworden, dass Helvetien am 6. Dezember 1992 die wichtigste Abstimmung seit Bestehen des Bundesstaates durchführt, die somit historische Dimension hat – alles unter Deinem Namen?

Wenn es nach dem Willen der Regierung geht, soll sich die Schweiz dem grössten Wirtschaftsblock der Welt anschliessen, genannt Europäischer Wirtschaftsraum (EWR), gebildet aus den 12 Ländern der heutigen EG und den 7 EFTA-Staaten.

In Artikel 1 des Vertrages ist die Philosophie des EWR klar umschrieben, sie stützt sich auf den ungehinderten Binnenmarkt mit seinen 4 «Freiheiten»:



«Ziel dieses Assoziierungsabkommens ist es, eine beständige und ausgewogene Stärkung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Vertragsparteien unter gleichen Regeln zu fördern, um einen homogenen Wirtschaftsraum zu schaffen...».

Es geht also um ein Anpassen, ein Nachvollziehen. Allerdings um ein immenses, sollen wir doch den grössten Teil des EG-Rechtes übernehmen und unsere Gesetzgebung angleichen. Auch künftiges EG-Recht haben wir ohne jegliche Mitsprache zu übernehmen. Das ist die Selbstentmachtung der Politik. Unser Parlament wird zur Sanktionspassage für fremdes Recht degradiert. Parlament und Bundesrat zu einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Für alles was aus Brüssel kommt, sind sie nicht verantwortlich und in Brüssel selber können sie niemanden behaften. EWR als Kürzel für: Einer wird regieren. Und das ist Brüssel. Du siehst, es liegt keine gedankliche Eigenleistung vor, keine Neuorientierung und schon gar kein Aufbruch, wie einige glauben. Illusionen statt Visionen; dabei wäre das Umgekehrte so nötig.

Nicht wenige hoffen, der EWR bringe einen frischen Wind in unser Land und werde den helvetischen Mief, unter dem wir leiden, wegfegen. Sie täuschen sich. Der EWR bringt keine Entwicklungsperspektive, er ist nichts anders – so schreibt es der Bundesrat in seiner Botschaft – als eine Absicherung des Status quo.

Wer für EWR und EG-Beitritt ist, gilt als fortschrittlich, weltoffen und solidarisch. Als ob Souveränität und Solidarität Gegensätze wären! Nationalstaaten gelten als passé. Nur, kann, wer Nationalstaaten für veraltet hält, für eine Supernation sein, wohin sich die EG entwickelt?

Nationale Grenzen sind tatsächlich kein Wert an sich und niemand kann im Grundsatz gegen den Abbau von Grenzen sein. Aber im Moment sind sie in einigen Bereichen unerlässlich; denk nur an die Giftmüll- und andere Gefahrentransporte, die sonst «dem Schutz des freien Warenverkehrs unterstellt sind».

Die Frage ist doch, welche Grenzen werden abgebaut, für wen und wo und mit welchen Auswirkungen. Werden an einem anderen Ort nicht neue aufgebaut und gegen wen? Eine westeuropäische Grenzziehung ist per se nicht weltoffener als eine schweizerische. Es ist doch schon deutlich sichtbar, wie sich die EG gemeinsam gegen Flüchtlinge und Asylsuchende abzuschotten beginnt; die «Festung Europa» ist leider kein leeres Schlagwort. Chauvinismus ist immer etwas schlechtes, ob es nun nationaler oder europäischer Chauvinismus ist.

Auffallend ist die EG der zwei Geschwindigkeiten: das Abweisende, Egoistische, Unsolidarische wird schnell verwirklicht. Schengenerabkommen, Erstasylabkommen, Trevi sind die Stichworte. Langsamer bis stillstehend sind die Kommissare bei den sozialen, demokratischen und ökologischen Forderungen.

Bei uns ist beim Prüfen der Vor- und Nachteile des EWR-Vertrages ein kleinliches Erbsenzählen im Gange. Die einen schwärmen von einem vergrösserten Warensortiment – ist das nicht pervers – schau Dir mal unsere Läden an! Als ob wir nicht schon fast im Abfallberg ersticken würden. Lebensqualität heisst doch bei uns nicht grösseres Warenangebot. Die anderen freuen sich auf tiefere Preise, ohne dass die Löhne sinken werden. Auch das könnte sich als Illusion erweisen. Partialinteressen statt Gesamtverantwortung.

Was wir führen müssten und nicht tun, ist eine Grundsatzdebatte, welche Werte uns in einem zukünftigen Europa (ich meine das gesamte) wichtig sind. Welche moralischen Kriterien sollen

gelten? Stimmt die Grundkonzeption, stimmt die Philosophie des Vertrages?

Die Frage ist zu stellen, welches die drängenden Probleme der Zeit sind und ob das Gebilde der EG etwas zur Lösung beitragen kann oder ob die Probleme noch verstärkt werden. Ich denke an das Nord-Süd-Gefälle, an die ökologische Bedrohung, an die Migration, an die neue Armut. Was hat der Einigungsprozess, was hat der gemeinsame Markt für Lösungen anzubieten? Sind Zentralismus und Normierung Lösungsansätze?

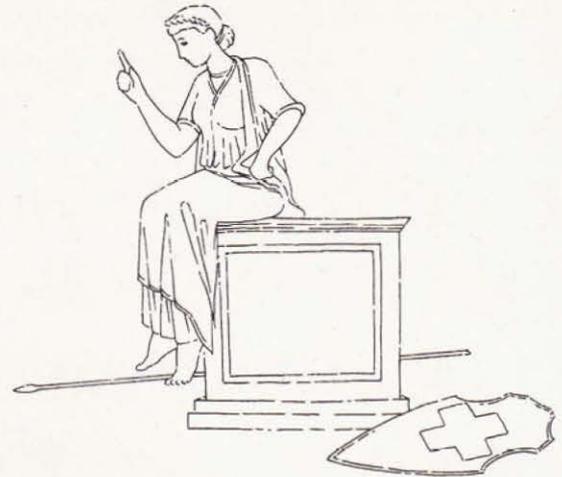
Heute seien die grossen Probleme grenzüberschreitend, seien global und müssten auch global gelöst werden, argumentieren die Beitrittsbefürworter. Einverstanden. Aber es fehlen nicht die supra-nationalen Strukturen zur Problemlösung. Was fehlt ist meistens der politische Wille, namentlich auch in den Industriestaaten; das hat der Erdgipfel von Rio wieder deutlich gezeigt. Ich sehe keine Anzeichen, dass der wirtschaftliche und politische Integrations- oder Internationalisierungsprozess gleichzeitig zu einem Denken in globaler Verantwortung geführt hat.

Können die längst fälligen Reformen in unserem Lande durch Aufgabe von Souveränität eingeleitet werden? Ich bezweifle es. Brüssel wird uns nicht aus der Krise helfen, den Weg müssen wir schon selber finden. «Wandel durch Handel» gibt es nicht, jedenfalls nicht den politischen und sozialen Wandel, den ich für notwendig halte. Dafür braucht es unseren eigenen politischen Willen.

Ich befürchte, wir werden der EG beitreten ohne innenpolitische Reformen. An einer Total-Revision der Bundesverfassung doktern wir ja seit 1977 herum und wollen nicht vorwärts kommen.

Die Schlagbäume an den Grenzen sollen für die 4 Freiheiten verschwinden. Freier Güter-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr lautet die Devise. Du hast es schon längstens bemerkt, es geht um wirtschaftliche Freiheiten. 15 Männer und 2 Frauen in Brüssel, genannt die Kommission der EG, haben sich das so ausgedacht. Auf dass 320 Millionen KonsumentInnen von einem gemeinsamen Markt profitieren können.

Überhaupt wird so getan, als ob es nur



Gewinner gäbe bei diesem Prozess. Kennst Du ein Spiel, bei dem es nur Gewinner gibt? Ist es nicht der Grundgedanke des Wettbewerbes - und um den geht es hier -, die anderen als Verlierer zu sehen? Wer also sind die Verlierer - oder sind es vor allem Verliererinnen?

Tatsache ist, dass sich die EG-Gesellschaft zu spalten droht. In die 2/3 Gesellschaft, wie bei uns auch. Auf der einen Seite die Wohlhabenden, die vom Binnenmarkt profitieren, auf der anderen Seite die Ausgeschlossenen - das sind im Moment 50 Mio arme Menschen oder 15 % der BürgerInnen, und das in einer der reichsten Regionen der Welt. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen nimmt ständig zu, betroffen sind vor allem Jugendliche und ältere Arbeitnehmer und, was Dich kaum wundern wird, Frauen. 15 Mio Arbeitslose zählt die EG insgesamt.

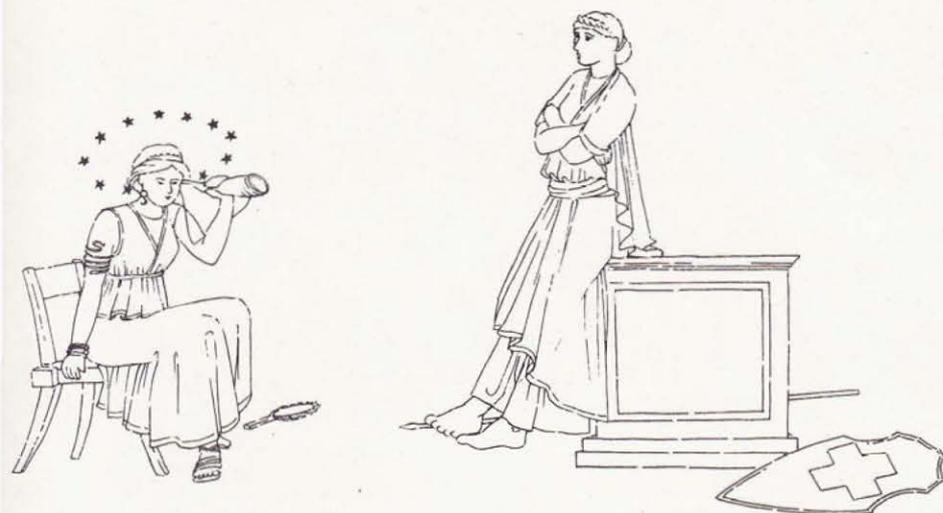
Dies alles trotz Wirtschaftswachstum. Die Wirtschaftsdecke wird grösser, aber sie wärmt nicht mehr. Wird ein „Europa“ der Tüchtigen und Schnellen gezimmert? Werden noch mehr Menschen an den Rand gedrängt?

Ich kann Dir meine Befürchtungen an einem Beispiel des «freien Personenverkehrs» illustrieren: Die Angehörigen eines Arbeitnehmers haben die gleichen Aufenthalts- und Sozialrechte wie der Ernährer der Familie (das Patriarchat lässt grüssen). Wird aber eine Ehe geschieden und die Frau ist ohne Erwerbstätigkeit und ohne ausreichende Alimete, entfällt das Verbleiberecht im bisherigen Wohnland. Frauen sind keine eigenständigen Persönlichkeiten, sondern Anhängsel, oder wie es in der EWR-Terminologie heisst, «Angehörige».

Ich nenne Dir noch ein weiteres Beispiel aus dem sozialen Bereich, das gerne verschwiegen wird: Mit dem

EWR muss (endlich) das Saisonierstatut abgeschafft werden, allerdings erst nach einer Übergangszeit von 5 Jahren. Tatsache ist nun, dass in Zukunft Saisoniers ausserhalb des EWR-Raumes angeheuert werden. So haben es diejenigen, die seit Jahren für die Abschaffung gekämpft haben, nicht gemeint. Was abgeschafft werden muss, weil es unmenschlich ist, gehört für alle abgeschafft. Kaum gesprochen wir auch von den Leiharbeitern, die ohne Bewilligung in halb Europa auf die grossen Bauplätze ausgeliehen werden. Ein Argument hat mich sehr lange beschäftigt: Gegenseitige Abhängigkeit als Friedenssicherung, und die EG daher ein Friedensprojekt. Ja, aber dann muss die Interdependenz gerecht und partnerschaftlich sein. Wer dermassen die Ressourcen kommender Generationen und die der 3. Welt verprasst und seinen Wohlstand abschottet, der säht auf lange Frist keinen Frieden. In den letzten 30 Jahren EG-Wirken hat sich das soziale Gefälle innerhalb der einzelnen EG-Länder nicht verkleinert; die Sozialpolitik hat die Kluft zwischen Arm und Reich nicht verringert. Frieden aber braucht Gerechtigkeit, und das heisst wirtschaftlichen und sozialen Ausgleich, weltweit.

Ich frage mich sogar ernsthaft, ob die beängstigende Zunahme der Fremdenfeindlichkeit und das Aufkommen von Rechtsparteien nicht auch einen Zusammenhang hat mit der verstärkten Integrationspolitik. Hat vielleicht das Abgeben von Mitsprache und Partizipation an eine ferne Zentrale in Brüssel und der unerfüllte Wunsch nach regionaler oder nationaler Selbstbehauptung ein unheiliges Ventil gefunden? Wenn wegen wirtschaftlicher Verflechtung und Internationalisierung staatliche Handlungskompetenzen auf höhere, zentralistische Ebene abgegeben werden, hat das seine Rückwirkung auf die



Gesellschaft. Strukturfragen sind immer auch Machtfragen. Nur wird darüber leider viel zu wenig diskutiert.

Bei näherem Hinsehen, liebe Europa, verfliegt der Neid auf Dein Umworbensein und macht eher der Wut Platz. So wie sie mich und meinen Namen häufig für unmögliche Ideen und Werbezwecke missbrauchen, so missbrauchen sie jetzt Deine Symbolkraft für eine veraltete, ganz und gar rückwärtsgewendete Idee. Sie sprechen von Europa und meinen bloss den gemeinsamen Binnenmarkt, gebildet aus 19 Staaten Westeuropas. Spätestens seit dem Fall der Berliner Mauer und dem Verschwinden des Eisernen Vorhangs müsste mit dem Begriff Europa sorgfältiger, umfassender umgegangen werden.

Die EG hat die Herausforderung nach dem Fall des Eisernen Vorhangs nicht bewältigt. Die soziale Teilung des Kontinentes ist in vollem Gange. Dass sie angesichts des grässlichen Krieges im ehemaligen Jugoslawien keine politische Antwort gefunden hat, ist nicht verwunderlich. Jetzt versagt sie angesichts des Flüchtlingselendes aber auch im humanitären Bereich. Aber beim nächsten Gipfel wird sicher das hoh(1)e Lied von der Einheit des Kontinentes gesungen.

Die EG und den EWR mit Europa gleichzusetzen zeigt allerdings – und das ist schon wieder ehrlich – dass eine aussenpolitische Debatte unter dem Primat der Wirtschaft geführt wird. Dabei müsste das Primat der Politik herrschen und die müsste Weltverträglichkeit verordnen, auch der Wirtschaft. Die alten Wachstumsrezepte, die uns in den letzten Jahrzehnten weltweit grösste ökologische Probleme verursacht haben, sollen westeuropaweit verstärkt verschrieben werden. Wer

immer noch erzählt, die EG habe in den letzten Jahren im Umweltschutz Fortschritte gemacht, der sollte das Interview mit dem EG-Umweltkommissar (bis Sommer 92) Carlo Ripa di Meana lesen. Auf die Frage, ob es wirklich so hoffnungslos um die europäische Umweltpolitik stehe, antwortete er: «Ja, es steht schlecht um die europäische Umweltpolitik». (Der Spiegel, 29/92)

Nimm als Beispiel die Zunahme des Verkehrs. Die EG selber rechnet bis zum Jahre 2000 (das ist schon bald!) mit einer Zunahme des grenzüberschreitenden Güterverkehrs von 40%; des Binnenverkehrs in den einzelnen Ländern um mindestens 20% und beim Privatverkehr mit einer Zunahme in Westeuropa bis ins Jahr 2010 von 70%, in Südeuropa, wozu Deine Heimat zählt, mit einem Wachstum von 500% !! Der CO₂-Ausstoss wird bis 2010 um 45% zunehmen. Bei Dir brauche ich ja nicht zu betonen, dass unser Lebensraum in Gefahr ist. Stell Dir das Leben in unseren Alpentälern vor!

Dabei wissen wir doch alle, spätestens seit 20 Jahren, als der Club of Rome an die Öffentlichkeit trat, dass die Begrenzung des Wachstums gefordert ist, ganz speziell von den Industrienationen. Teilen ist gefragt und wir machen auf Masseneigotismus.

Begriffsverkürzungen wie die von «Europa» lassen aufhorchen und müssen misstrauisch machen. Die «Sprachregelungen» sind im Zusammenhang mit EG und EWR besonders zahlreich, vor allem dort, wo es um unsere Volksrechte geht, die wir noch vor einem Jahr, bei der 700-Jahr-Feier, als einmalige Errungenschaft dargestellt haben. Jetzt, wo das Referendums- und Initiativrecht durch den Beitritt zum EWR massiv beschnitten werden soll, spricht man von Eigenheiten, die es zu

verwesentlichen gelte. Plötzlich sind Volksrechte eine Behinderung, nur sagt man es nicht so. Gerade in den letzten Jahren haben wir dank den Volksrechten z.B. ökologische Fortschritte gemacht. Denk nur an die Annahme der Atom-Moratoriums-Initiative. Ein Beitritt zur EG heisst aber ein Beitritt zu Euratom...

Kann ein Projekt überhaupt zukunftsgerichtet sein (wie es die Offiziellen darstellen), wenn man den Menschen in den betroffenen Ländern in wichtigen Fragen die aktive Gestaltung der Zukunft damit gerade entzieht?

Nun, sagen unsere Bundesräte, diese Frage sei müssig, wir hätten gar keine andere Wahl als dem EWR und später der EG beizutreten. So schreiben sie es in ihrem 3. Integrationsbericht. Der Sachzwang sei gegeben. Wer so argumentiert, ist längst von der Lokomotive abgesprungen.

Ist es nicht vielmehr so, dass wir uns freiwillig unter diesen vermeintlichen Sachzwang stellen? («Sachzwangst», ist in Bern an eine Hausmauer gesprayt.) Wer sagt, es gebe keine Alternative, der braucht das Volk auch nicht darüber abstimmen zu lassen, das wäre dann konsequent und ehrlich.

Ich glaube, viele haben noch nicht realisiert, dass ein EWR-Beitritt ein Systemwechsel in unserer Staatspolitik ist. Wir verlassen unsere Konsens-Demokratie.

Das Suchen des kleinsten gemeinsamen Nenners bei wichtigen Gesetzen entfällt. Die moralisch-ethische Diskussion bei der Gesetzgebung ist überflüssig. Was Brüssel beschliesst, ist nachzuvollziehen. In einer Demokratie sollte es aber möglich sein, dass die Minderheit von heute zur Mehrheit von morgen werden kann. Die Stimmen der 3. Welt, der Ökologie, der Frauen, der Kultur etc. werden sich zwar noch im eidgenössischen Parlament artikulieren können, in den entscheidenden Gremien von Brüssel wird aber die «andere Stimme der Schweiz» sitzen. Ganz zu schweigen von der Kompetenzverschiebung vom Parlament auf Verwaltungs- oder Regierungsebene. Darf man überhaupt staatspolitische Entscheide von solcher Tragweite fällen, die nicht rückgängig gemacht werden können?

Ich lasse mich vom ersten Grundsatz der Verfassung der Freiheit leiten: «In einer Welt der Ungewissheit kommt alles darauf an, die Kosten des Irrtums so gering wie möglich zu halten... Die

Kosten werden dadurch gering gehalten, dass die Möglichkeit des Wandels in die Institutionen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft eingebaut wird».

Kennst Du den viel zitierten Spruch vom europäischen Zug, den es nicht zu verpassen gilt? Ja, der längst abgefahren ist und auch nach dem dänischen Nein zu den Maastrichter-Beschlüssen nicht angehalten wird, er fährt sogar beschleunigt weiter, wie der deutsche Bundeskanzler Kohl am 18. Juni 1992 in Zürich versichert hat.

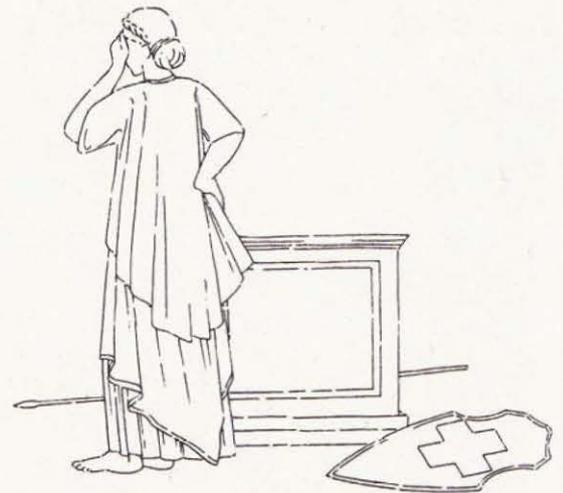
Ich denke, wer das Bild braucht, sollte auch die Erzählung vom Tunnel kennen. Friedrich Dürrenmatt hat sie in prophetischer Weitsicht 1952 erstmals veröffentlicht. Die Neufassung von 1978 hat einen neuen, pessimistischen Schluss.

Ein Student fährt regelmässig die Strecke Bern-Zürich und weiss deshalb, dass vor Burgdorf ein kurzer Tunnel durchfahren wird, der so kurz ist, dass die Wagenbeleuchtung nicht eingeschaltet wird. Eines Sonntagnachmittages ist das anders. Der Tunnel nimmt kein Ende. Der Zug fährt bereits seit 20 Minuten mit hoher Geschwindigkeit im Tunnel, als der Student den Schaffner fragt, ob er wohl nicht im Zug nach Zürich sitze. Doch, das sei der Zug nach Zürich, wird ihm bestätigt. Wir befinden uns seit 20 Minuten in einem Tunnel, sagt der Student, einen solchen Tunnel gibt es auf dieser Strecke nicht. «Wie wir in diesen Tunnel geraten sind, weiss ich nicht, ich besitze keine Erklärung. Doch bitte ich Sie zu bedenken: Wir bewegen uns auf Schienen, der Tunnel muss also irgendwohin führen. Nichts beweist, dass am Tunnel etwas nicht in Ordnung ist, ausser natürlich, dass er nicht aufhört», antwortet der Schaffner.

Den Schluss der Geschichte möchtest Du wissen?

Der Zug rast immer schneller durch den Tunnel, der jetzt spürbar abwärts geht. Der Student und der Schaffner begeben sich an die Spitze des Zuges, um den Lokomotivführer auf die ungewöhnliche Situation aufmerksam zu machen. Der Führerstand ist leer. «Abgesprungen» stellt der Zugführer lakonisch fest.

Bitte verzeih, dass ich Deine Zeit so ausgiebig in Anspruch genommen habe und erst noch zu keinem versöhnlichen Schluss gekommen bin. Das liegt in der Natur der Sache.



So gebe ich Dir zum Schlusse einen Lesetyp. In seinem Buch «Ach Europa», bringt Hans Magnus Enzensberger ein versöhnliches Kamingespräch über Europa im Jahre 2006 (auch das ist schon bald!).

Das Gespräch führt ein ehemaliger finnischer EG-Präsident:

«Wir haben jahrzehntelang eine Chimäre verfolgt: die europäische Einheit. Diese Idee stammt noch aus den Zeiten, in denen alle Welt an den technischen Fortschritt, an Wachstum und Rationalisierung glaubte. Der sogenannte Europagedanke lief auf die Absicht hinaus, den grossen Blöcken einen grossen Block entgegenzusetzen. Also nichts als Big Science, High Tech, Raumfahrt, Plutonium, all diese bösen Scherze. Die Politiker haben jahrzehntelang auf diese Europa der Manager, der Rüstungsexperten und der Technokraten gesetzt, und als leuchtendes Beispiel haben sie uns Japan entgegengehalten.

Die logische Folge war, dass Brüssel zu einem riesigen supranationalen Wasserkopf wurde. Die Kommissionen, die Ausschüsse und Unterausschüsse spielten in ihren Glaskästen ein absurdes Milliarden-Bridge, natür-

lich alles ohne demokratische Legitimation. Wer das Sagen hatte, war nicht aus freien Wahlen hervorgegangen, und wer aus freien Wahlen hervorgegangen war – ich spreche vom Parlament –, der hatte nichts zu sagen.

Ich will gar nicht bestreiten, dass dabei auch einiges geleistet worden ist. Wir haben es zu einheitlichen Lebensmittelfarben gebracht, und die Zollformulare wurden standardisiert. Aber natürlich musste der Brüsseler Schwachsinn in einer gigantischen Pleite enden. Wir zahlen heute noch dafür. Aber wofür zahlt man nicht alles in der Politik!« Gell, die Geschichte ist gut und hoffnungsvoll.

Hätte ich Dir bloss einen Satz schreiben dürfen, hätte ich mich nochmals bei Hans Magnus Enzensberger bedient:

«Brüssel oder Europa, eines von beiden». Ich habe mich für Europa entschieden.

Mit ganz herzlichen Grüssen

Deine Helvetia *

*Nach meinem Diktat aufgezeichnet von Rosmarie Bär

